



Universiteit
Leiden
The Netherlands

Talking Democracy at the United Nations. Power, Regime Type, and the Democratization of International Rule

Hirschmann, G.

Citation

Hirschmann, G. (2021). Talking Democracy at the United Nations. Power, Regime Type, and the Democratization of International Rule. *Politische Vierteljahresschrift*, 62(3), 571-573. doi:10.1007/s11615-021-00332-z

Version: Publisher's Version

License: [Licensed under Article 25fa Copyright Act/Law \(Amendment Taverne\)](#)

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/3283584>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Eisentraut, Sophie (2020): Talking Democracy at the United Nations. Power, Regime Type, and the Democratization of International Rule

Gisela Hirschmann

Politische Vierteljahresschrift
German Political Science Quarterly

ISSN 0032-3470

Polit Vierteljahresschr
DOI 10.1007/s11615-021-00332-z



Your article is protected by copyright and all rights are held exclusively by Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft. This e-offprint is for personal use only and shall not be self-archived in electronic repositories. If you wish to self-archive your article, please use the accepted manuscript version for posting on your own website. You may further deposit the accepted manuscript version in any repository, provided it is only made publicly available 12 months after official publication or later and provided acknowledgement is given to the original source of publication and a link is inserted to the published article on Springer's website. The link must be accompanied by the following text: "The final publication is available at link.springer.com".



Eisentraut, Sophie (2020): *Talking Democracy at the United Nations. Power, Regime Type, and the Democratization of International Rule*

Baden-Baden: Nomos. 291 Seiten. 64 €

Gisela Hirschmann

Angenommen: 29. Juni 2021
 © Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft 2021

Internationale Organisationen (IOs) sind aus der heutigen multilateralen Ordnung kaum wegzudenken. Doch wird ihre wachsende Einflussnahme zunehmend kritisiert: Sowohl Staaten als auch zivilgesellschaftliche Akteure fordern, IOs müssten demokratischer werden. Die vorliegende Monografie von *Sophie Eisentraut* nimmt diese Kritik auf und fragt, was dieser Ruf nach Demokratisierung von IOs bedeutet. Ausgehend von der konstruktivistischen Annahme, dass demokratische Staaten ihre innerstaatlichen Prinzipien externalisieren und sich auch außenpolitisch für demokratische Institutionen einsetzen, analysiert die Autorin Reformdebatten in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Analyse ergibt ein interessantes Puzzle: Im Kontext dieser Debatten gebrauchen autokratische Staaten viel häufiger den Begriff „Demokratie“ als demokratische Staaten. Auf der Basis von diesem Befund untersucht *Eisentraut*, wie das Demokratieverständnis in diesen Redebeiträgen variiert und wie sich die Unterschiede in der Verwendung des Begriffs sowie dessen unterschiedliche Interpretation theoretisch erklären lassen.

Empirisch leistet diese Studie einen wichtigen Beitrag, indem sie der in der wissenschaftlichen Literatur häufig debattierten Forderung nach der Demokratisierung internationaler Institutionen praktisch nachgeht. Der Datensatz umfasst alle Redebeiträge von insgesamt 159 Ländern in den Reformdebatten der UN-Generalversammlung und im UN-Sicherheitsrat zwischen 2003 und 2013, die den Demokratiebegriff verwenden und wird durch halbstrukturierte ExpertInneninterviews mit 41 Diplomaten ergänzt. Damit gelingt es der Autorin, einen überzeugenden Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten „globalen Demokratie“ zu gewinnen und die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Demokratieverständnis verschiedener Staaten aufzuzeigen. Spannend wäre gewesen, wenn die Studie einen

Gisela Hirschmann (✉)
 Leiden University, Leiden, Niederlande
 E-Mail: g.k.hirschmann@fsw.leidenuniv.nl

längeren Zeitraum umfasst hätte, denn es ist anzunehmen, dass nach den umstrittenen Demokratisierungsversuchen der 1990er- und frühen 2000er-Jahre eine gewisse Demokratiemüdigkeit in der internationalen Gemeinschaft folgte. Ein Vergleich mit den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren hätte hier vermutlich interessante Entwicklungen im Wandel des Demokratieverständnisses aufgedeckt.

Um die Unterschiede im Gebrauch des Demokratiebegriffs zu erklären, greift die Autorin auf zwei theoretische Logiken zurück. Anhand der Logik der Normkonsistenz argumentiert *Eisentraut*, dass die Abwesenheit des Demokratiebegriffs in den Reden von demokratischen Staaten damit zu erklären ist, dass Demokratien diesen Begriff im Kontext von IOs für unpassend halten. Während es zu erwarten gewesen wäre, dass Demokratien auch für eine Demokratisierung internationaler Institutionen eintreten, zeigt die Autorin mithilfe qualitativer Interviews, dass der Demokratiebegriff aus Sicht der interviewten DiplomatenInnen nur schwer in den internationalen Kontext übersetzbar ist, weil dieser sich auf von Völkern ausgeübte Macht und nicht auf Staaten in der internationalen Gemeinschaft bezieht. Demgegenüber sind Autokratien nicht an bestehende nationale Demokratieverständnisse gebunden. Parallel argumentiert *Eisentraut*, dass sich die vergleichsweise zahlreicheren Demokratiefereferenzen von Autokratien mithilfe der Logik materieller Interessen erklären lassen. Autokratien, die institutionell weniger einflussreich sind, gebrauchen häufiger den Demokratiebegriff in Reformdebatten, weil sie diesen als Synonym für eine gleichberechtigte Teilhabe souveräner Staaten innerhalb der UN-Gremien interpretieren.

Diese theoretische Argumentation erscheint plausibel, könnte allerdings auch Ausdruck eines zu idealistischen Verständnisses von der Rolle von Demokratien in IOs sein, die der westlichen Forschung der Internationalen Beziehungen häufig zugrunde liegt. Die Autorin merkt an, dass das „Schweigen“ der institutionell mächtigen Demokratien sich auch darauf zurückzuführen lässt, dass diese von der aktuellen Struktur des Sicherheitsrats stark profitieren. Aber manche angeführte Interviewzitate deuten darauf hin, dass das Demokratieverständnis einiger Demokratien auch eine gewisse Blindheit für strukturelle Ungleichheiten, die sich in den internationalen Institutionen manifestieren, ausdrückt: „if Security Council members were all democratic, the Security Council would be more democratic too“ (S. 221). An diesem Zitat zeigt sich, dass manche VertreterInnen von Demokratien nicht die Struktur des Gremiums an sich für problematisch halten, sondern die Legitimität des Gremiums an der demokratischen Verfasstheit der einzelnen Mitglieder festmachen. Aus dieser Sicht lässt sich die Ausweitung institutioneller Privilegien für entsprechend qualifizierte Staaten begründen, anstatt strukturelle Ungleichheiten von Grund auf zu überdenken. Gerade weil die Autorin eine Aufgeschlossenheit gegenüber nichtwestlichen Perspektiven betont (S. 49), hätte eine kritischere Auswertung der qualitativen Ergebnisse eine erfrischende Perspektive auf die ambivalente Rolle von Demokratien in den UN ermöglicht.

Die Autorin argumentiert mit ihrer Analyse, dass der Demokratiebegriff weniger umstritten ist als angenommen (S. 157, 237). Jedoch deutet gerade die Tatsache, dass der Gebrauch des Demokratiebegriffs so stark variiert und demokratische Staaten im Gegensatz zu autokratischen Staaten den Begriff nicht passfähig finden, auf eine starke Umstrittenheit des Demokratiebegriffs hin. Letztlich verdeutlicht die Studie die Schwierigkeiten im Ringen um eine Reform des UN-Sicherheitsrats, denn

aus den von Staaten mit dem Demokratiebegriff verbundenen Prinzipien ergeben sich unvereinbare praktische Konsequenzen. Während einige Staaten daraus eine Abschaffung des Vetorechts ableiten, bestehen andere auf dessen Ausweitung. Um die gegensätzlichen Positionen besser zu verstehen, ist ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Interpretationen des Demokratiebegriffs in der Tat hilfreich.

Insgesamt liefert diese Studie einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Forschung der Internationalen Beziehungen. Die Analyse zeigt nämlich auch, dass in der Mehrheit der Redebeiträge zu institutioneller Reform der Demokratiebegriff nicht erwähnt wird (S. 97, 238). Insbesondere in der Generalversammlung ist Demokratie kaum Gegenstand der Diskussion. Hat sich die akademische Debatte, auf die sich *Eisentraut* bezieht, vielleicht zu sehr von der Realität entfernt? Der unterschiedliche Gebrauch des Demokratiebegriffs sowie verwandter Begriffe zeigt, dass sich die Redebeiträge eher hinsichtlich Input- oder Outputlegitimität unterscheiden. Institutionell benachteiligte autokratische Staaten pochen auf Mitsprache und Repräsentation (Input), während insbesondere einflussreiche demokratische Staaten eher Effizienz (Output) und ihre besondere Verantwortung für das Funktionieren der Organisation hervorheben (S. 231). Aus dem von *Eisentraut* vorgenommenen „Realitäts-Check“ hinsichtlich des Gebrauchs des Demokratiebegriffs lässt sich deshalb auch ein wichtiges Plädoyer für eine Ausdifferenzierung des Demokratieverständnisses in der Legitimitätsforschung ableiten.